

Bundesschülerkonferenz appelliert an Regierung

Berlin. Die Bundesschülerkonferenz hat sich für mehr Maßnahmen an Schulen zur Vorbeugung gegen rechte Straftaten ausgesprochen. »Von der neuen Bundesregierung erwarten wir keine symbolischen Schulbesuche oder bloße Lippenbekenntnisse, sondern entschlossene Taten«, sagte der Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz, Quentin Gärtner, am Montag dem Nachrichtenportal *web.de* (News). Erforderlich seien etwa »Pflichtbesuche in Gedenkstätten, nicht als nette Projektidee, sondern als unverhandelbares Bildungsziel«. Gärtner forderte unter anderem eine gestärkte Schulsozialarbeit und dauerhaft finanzierte Projekte gegen Hass. »Schule muss ein Schutzraum sein - und nicht der Ort, an dem rechte Parolen, Antisemitismus oder Queerfeindlichkeit geduldet werden«, betonte er. »Doch genau das passiert. Immer öfter. Und immer offener.« (AFP/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/501760.bundesschülerkonferenz-appelliert-an-regierung.html>